

# *Beschlussbuch*

*Landesdelegiertenkonferenz*

*2019.2*



**Antragstitel:****Geeint in Vielfalt – Ein Interrail-Ticket für alle EU-Bürger ab 18!**

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD Landesparteitag beschließen:

**Forderung:**

Die SPD Hamburg möge sich dafür, dass die SPD-Abgeordneten im Europaparlament darauf hinwirken, dass alle Europäerinnen und Europäer, zum 18. Geburtstag, einen kostenlosen Einmonats-Interrail-Pass erhalten, der es ermöglicht 30 Tage lang durch ganz Europa zu reisen. Die Finanzierung erfolgt hierbei nicht aus dem geplanten Budget des „Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027“ für Programme für Jugendliche, sondern wird durch ein zusätzliches Budget zur Verfügung gestellt.

**Begründung:**

Nichts bringt Menschen besser zusammen, als der persönliche Kontakt miteinander.

Durch ein Interrail-Pass für alle 18-Jährigen Europäerinnen und Europäer wird der interkulturelle Austausch gefördert und Europa besser begreifbar gemacht. Die größten und nachhaltigsten Erfolge des europäischen Einigungsprozesses waren die Projekte, die persönliche Beziehungen zwischen Europäerinnen und Europäern herstellten.

Die EU hat derzeit den EU Travel Pass eingeführt, von einem Free Interrail kann hier aber leider nicht gesprochen werden, vielmehr müssen sich die Reisenden vornherein auf vier Länder beschränken. Weiterhin erhalten nicht alle 18-jährigen ein kostenloses Interrail-Ticket, sondern es können derzeit nur maximal 20.000 junge Europäer einen EU Travel Pass gewinnen<sup>1</sup>.

Hierzu müssen sich die Interessenten bewerben. Für ihre Bewerbung müssen sich die jungen Erwachsenen online registrieren, ihre Reisepläne darstellen und Fragen zu Europa und zur EU beantworten<sup>2</sup>.

Die ist schön, verkennt aber leider die Idee eines solchen Programms: Von der überwiegenden Anzahl dieser Programme profitiert nur ein kleiner Teil junger Menschen. Es sind Großteils diejenigen, die von Haus aus schon international denken: Studenten, Abiturientinnen, Kinder von Eltern, die selber viel gereist sind. Angesichts des Vormarsches populistischer Parteien und wiedererstarkender Nationalismen und Stereotypen, ist es doch gerade wichtig auch diejenigen abzuholen, die sich nicht von Haus aus für Europa interessieren. Gerade die jungen Leute, die aus eher EU skeptischen Familien kommen, oder sich über solche Initiativen der EU nicht informieren, kommen vermutlich zumeist gar nicht auf die Idee, sich zu bewerben.

Wenn EU-Parlament und Rat zustimmen, können für das EU Travel Programm zwischen 2021 und 2027 insgesamt 700 Millionen Euro für weitere Reisen bereitstehen - das würde

<sup>1</sup> <https://www.spiegel.de/reise/europa/gratis-interrail-tickets-der-eu-bewerbung-bis-16-mai-2019-moeglich-a-1265563.html>

<sup>2</sup> [https://europa.eu/youth/discovereu\\_de](https://europa.eu/youth/discovereu_de); [https://europa.eu/youth/sites/default/files/discovereu\\_factsheet.pdf](https://europa.eu/youth/sites/default/files/discovereu_factsheet.pdf)

46 Tickets für rund 1,5 Millionen junge Europäerinnen und Europäer bedeuten<sup>3</sup>.

47

48 Auch das ist erfreulich, aber nicht genug, wir fordern für alle jungen Europäerinnen und  
49 Europäer die Chance zum 18. Geburtstag einen kostenlosen Einmonats-Interrail-Pass zu  
50 erhalten. Bereits seit 2015 fordern Aktivisten ein solches Interrail-Ticket<sup>4</sup>. An diesem Ziel soll  
51 festgehalten werden.

52

53 Den Kosten für die Tickets steht ein gewaltiges Plus für den Kontinent und eine ganze  
54 Generation gegenüber. In einer Zeit, in der die europäische Idee zunehmend als abstrakt  
55 wahrgenommen wird, helfen nur praktische Erfahrungen und persönliche Begegnungen, die  
56 Grundstrukturen der EU und der europäischen Idee zu festigen und wortwörtlich zu leben!

57

---

<sup>3</sup> <https://www.zeit.de/mobilitaet/2018-05/free-interrail-europaeische-kommission-gelder-zugtickets-junge-menschen>; <https://orange.handelsblatt.com/artikel/45451>

<sup>4</sup> [https://www.deutschlandfunk.de/die-eu-entdecken-freies-interrail-ticket-fuer-18-jaehrige.795.de.html?dram:article\\_id=417528](https://www.deutschlandfunk.de/die-eu-entdecken-freies-interrail-ticket-fuer-18-jaehrige.795.de.html?dram:article_id=417528;);

## 1 Erklärung des Klimanotstands in Hamburg

2

3

4

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD Landesparteitag beschließen

6

7

### **Forderung:**

8

9

Die SPD-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft wird aufgefordert, den Klimanotstand zu erklären und damit dem Beispiel der Städte Kiel und Konstanz sowie des Vereinigten Königreiches und der Republik Irland zu folgen.

12

13

Im Einzelnen bedeutet das:

14

15

- 16 a) Die Freie und Hansestadt Hamburg erklärt den Klimanotstand und erkennt damit die  
17 Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als eine Aufgabe von  
höchster Priorität an.
- 18 b) Die Freie und Hansestadt Hamburg erkennt an, dass die bisherigen Maßnahmen und  
19 Planungen nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu  
20 begrenzen.
- 21 c) Die Freie und Hansestadt Hamburg berücksichtigt ab sofort die Auswirkungen auf das  
22 Klima bei jeglichen Entscheidungen, und bevorzugt Lösungen, die sich positiv auf den  
23 Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken. Alle Entscheidungen müssen auf ihre  
24 Vereinbarkeit mit der Erreichung des 1,5 Grad-Zieles geprüft und ggf. gerechtfertigt  
25 werden.
- 26 d) Die Freie und Hansestadt Hamburg stellt fest, dass der 2015 beschlossene Klimaplan  
27 bei einer rein territorialen Betrachtung eingehalten werden kann. Da Klimaschutz sich  
28 jedoch nicht in rein territorialen Grenzen betrachten lässt und ein großer Teil der durch  
29 Hamburger\*innen verursachten Emissionen außerhalb des Stadtgebiets anfällt,  
30 werden die Ziele bereits jetzt – wie insgesamt in Deutschland – verfehlt.
- 31 e) Die SPD-Bürgerschaftsfraktion der Freien und Hansestadt Hamburg setzt sich  
32 gemeinsam mit dem Ersten Bürgermeister dafür ein, dass andere Bundesländer, die  
33 Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union ebenfalls den Klimanotstand  
34 auszurufen. Zudem sollen sich Senat und Bürgermeister weiterhin für eine  
35 klimagerechte Bundespolitik einsetzen, indem etwa ein Abbau der Subventionen für  
36 fossile Energieträger, eine sozial gerecht ausgestaltete CO<sub>2</sub>-Bepreisung, eine  
37 grundlegend veränderte Verkehrspolitik und eine klimaschutzkonforme Förderung des  
38 sozialen Wohnungsbaus angestrebt werden.
- 39 f) Die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg fordert die städtischen  
40 Beteiligungen dazu auf, sich verstärkt mit ihren Möglichkeiten im Klimaschutz  
41 auseinanderzusetzen.
- 42 g) Das Land Hamburg möge sich dafür einsetzen, dass Investitionen in den Umwelt- und  
43 Klimaschutz eine Ausnahme von der sogenannten Schuldenbremse darstellen.  
44 Darunter zu verstehen sind alle Maßnahmen, die zur Minderung der CO<sub>2</sub>- und  
45 Umweltbelastung in Deutschland beitragen.

46

47


### **Begründung:**

48

49

Der menschengemachte Klimawandel ist für die Stabilität des Ökosystems Erde und Millionen Menschen eine existenzielle Bedrohung. Die fortschreitende Erderwärmung ist eine

50



51 erhebliche Gefahr für weltweiten Frieden und unseren Wohlstand. Seit Beginn der  
52 Industrialisierung hat sich die Erde laut Weltklimarat um circa ein Grad Celsius erwärmt.  
53 Jedoch verläuft diese Erwärmung nicht nur linear, sondern es gibt mehrere sogenannte  
54 Kippunkte im Klimasystem, wie das Abschmelzen der Gletscher oder die Veränderung von  
55 Meeresströmungen. Werden diese Kippunkte überschritten, sind die Folgen  
56 unwiederkehrbar und werden sich potenzieren. Bereits heute lässt sich mit Sicherheit sagen,  
57 dass die Folgekosten des Klimawandels in diesem Fall wesentlich höher sind als alle  
58 Investitionen zur Verhinderung katastrophaler Klimafolgen. Das Pariser Abkommen von 2015  
59 ist die völkerrechtliche Grundlage für den globalen und regionalen Klimaschutz. Jedoch zeigt  
60 das Aufgeben des Klimaschutzziel 2020 der Bundesregierung im Koalitionsvertrag, dass die  
61 aktuelle Klimapolitik nicht ausreicht um das im Pariser Klimavertrag vereinbarte 1,5 °C-Ziel zu  
62 erreichen.

63 Die Bewegungen Fridays for Future und Extinction Rebellion machen deutlich, es ein  
64 wachsendes zivilgesellschaftliches Bewusstsein darüber gibt, dass der Klimaschutz eine  
65 höhere Priorität erlangen muss. Diese Priorisierung muss auf einer kommunalen,  
66 bundespolitischen und europäischen Ebene stattfinden. Ein erster Schritt ist dabei, dass die  
67 Freie und Hansestadt Hamburg anerkennt, dass die katastrophalen Folgen des Klimawandels  
68 mit dem bisherigen Vorgehen nicht verhindert werden können. Die symbolische Erklärung des  
69 Klimanotstands muss deshalb mit der Berücksichtigung der Klima- und Umweltwirkungen aller  
70 städtischer Entscheidungen einhergehen. Das gilt insbesondere für Entscheidungen in den  
71 Politikbereichen der Energieerzeugung, des Wohnens und Bauens, der Industrie- und  
72 Hafenpolitik, des Transports und Verkehrs, der Landwirtschaft sowie der Steuerpolitik.

## 1 Flugverkehr richtig besteuern!

2  
3  
4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD  
5 Landesparteitag Folgendes beschließen:

### 7 **Forderung:**

8  
9 Wir fordern **die Einführung einer Kerosin-Steuer**, nach Vorbild der Energiesteuer auf Benzin,  
10 von mindestens 65,45 Cent/Liter. Die Einnahmen dieser Steuer sollten für den Ausbau der  
11 Bahninfrastruktur, sowie für Subventionen von Bahntickets verwendet werden.

### 13 **Begründung:**

14  
15 Aktuell kostet eine Zugfahrt mit normalen Ticketpreisen nach München ca. 180 Euro, einen Flug  
16 für dieselbe Strecke bekommt man teilweise für 30 Euro. Zahlreich hört man die Argumentation  
17 „Ich will mich ja umweltbewusst verhalten und ich finde das mit den Emissionen ja auch nicht  
18 so gut, aber es ist einfach **so viel günstiger zu fliegen** (und schneller geht es auch).“ Es ist  
19 offensichtlich grundlegend die Bereitschaft für umweltbewusstes Verhalten vorhanden. Der  
20 ökonomische Anreiz wirkt allerdings stark entgegen.

21  
22 Wir haben uns die Frage gestellt, ob und wie es möglich ist, dass Flüge tatsächlich günstiger  
23 sind als andere Optionen. Eine Antwort: „Im Artikel 24 des Chicagoer Abkommens **vom 7.**  
24 **Dezember 1944** wurde vereinbart, dass [...] das Kerosin an Bord gelandeter Flugzeuge nicht  
25 besteuert werden darf. [...] **Damit sollten nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs die**  
26 **Luftfahrt, der Wiederaufbau und die Weltwirtschaft gefördert werden.**“ [Q1]

27  
28 „[...] Aus diesem Grund stuft die (Umwelt-)Behörde die fehlende Kerosinsteuer als  
29 **umweltschädliche Subvention ein, die sich im Jahr 2012 allein in Deutschland auf 7,083**  
30 **Milliarden Euro belaufen habe.** Diese Summe entspreche dem Steuerausfall aufgrund der  
31 Befreiung des zivilen Luftverkehrs von der Energiesteuer.“[Q2]

32  
33 Auch die Einführung der Luftverkehrssteuer hat nicht ausgereicht. Diese, seit 2011 in Kraft  
34 getretene Regulierung beläuft sich gerade einmal auf 1 Milliarde Euro – also einen Bruchteil  
35 dessen, was eine Kerosinsteuer bewirken würde. [Q3]

36  
37 Das historische Ziel des letzten Jahrhunderts, Globalisierung zu fördern ist längst erreicht. Es  
38 bedarf einer Anpassung der Richtlinien an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Diese  
39 Subvention an die Luftfahrt hat hier keine Existenzberechtigung mehr. Es muss für den  
40 Verbraucher attraktiver werden, auf klimaneutralere Verkehrsmittel zurückzugreifen. Die  
41 Einführung einer Kerosin-Steuer ist hier ein Schritt in die richtige Richtung.

### 43 **Quellen:**

44 [https://www.transportenvironment.org/sites/te/files/publications/2019\\_02\\_CE\\_Delft\\_Taxing\\_Aviation\\_Fuels\\_EU.pdf](https://www.transportenvironment.org/sites/te/files/publications/2019_02_CE_Delft_Taxing_Aviation_Fuels_EU.pdf)

45  
46 [https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/uba\\_fachbroschuere\\_umweltschaedliche-subventionen\\_bf.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/uba_fachbroschuere_umweltschaedliche-subventionen_bf.pdf)

47  
48  
49 <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Monatsberichte/2011/04/Artikel/analysen-und-berichte/b04-Luftverkehrsteuer/Luftverkehrsteuer.html>  
50

1 **Senkung der Baukosten und Anreize für ökologischeres Bauen**  
2 **schaffen**

3  
4

5 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD  
6 Landesparteitag zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen

7

8 **Forderung:**

9

10 Die SPD setzt sich für Anreize zur CO<sub>2</sub>-ärmeren Produktion von Baustoffen insbesondere  
11 Zement ein. Ein Verbot der konventionellen Zementherstellung und -einfuhr sollte in Betracht  
12 gezogen werden.

13

14

15 **Begründung:**

16

17

18 Konventioneller Zement ist einer der klimaschädlichsten Baustoffe dessen Produktion  
19 Schätzungen zufolge 8 % der weltweiten CO<sub>2</sub>-Produktion ausmacht. Dies ist einerseits auf  
20 das energieintensive Herstellungsverfahren zurückzuführen und andererseits auf die  
21 Prozessemissionen, die schon allein dadurch gesenkt werden können, dass anstelle des  
22 Rohstoffes Kalkstein Magnesiumsilikat verwendet würde. Darüber hinaus ist über alternative  
23 Baumaterialien nachzudenken. Die Kosten der klimaschädlichen Produktion trägt die  
24 Gesellschaft und damit wir alle. Hierbei treffen die Folgen global die ökonomisch schwächeren  
25 am Härtesten. Konventionelle Zementherstellung widerspricht daher der Gleichheit und ist  
26 unsolidarisch.

27

**Mitnahme von Elektrokleinstfahrzeugen in den U/S-Bahnen des HVV**

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen.

**Forderung:**

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion sowie die Senator\*innen der SPD werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass zukünftig die Mitnahme von Elektrokleinstfahrzeugen in den Bahnen der Hamburger Hochbahn AG und der S-Bahn Hamburg explizit, ganztägig und ohne das Lösen einer Zusatzkarte, erlaubt ist.

**Begründung:**

Durch das in Kürze erwartete Inkrafttreten der Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung, wird der Rahmen für die legale Benutzung von Elektrokleinstfahrzeugen in Deutschland gesteckt.

Im Sinne der Verordnung, werden hauptsächlich sogenannte E-Scooter, also Tretroller mit elektrischem Antrieb bis zu einer Geschwindigkeit von 20 km/h, unter dem Begriff „Elektrokleinstfahrzeug“ verstanden.

Diese E-Scooter sind meist unwesentlich größer als übliche Tretroller, die schon heute jederzeit und ohne das Kaufen einer Zusatzkarte in den Bahnen mitgenommen werden dürfen.

Studien und Umfragen haben gezeigt, dass solche Verkehrsmittel vor allem zum Zurücklegen der „letzten Meile“, also dem Weg vom Startort zum Bahnhof oder vom Bahnhof zum Zielort, genutzt werden.

Um eine solche Nutzung zu ermöglichen, ist es unabdingbar, dass die Mitnahme in den Bahnen des ÖPNV gestattet ist. Die Verordnung findet dafür keine generelle Regelung, sondern stellt es den Nahverkehrsunternehmen frei, dies selbst zu tun.

Die Erlaubnis der Mitnahme von Elektrokleinstfahrzeugen zahlt auf das strategische Ziel der Stadt Hamburg, den Anteil des Umweltverbunds an den zurückgelegten Strecken zu erhöhen, ein, da die Attraktivität des ÖPNV erhöht wird.



## 1 **Einrichtung eines Arbeitskreises „Grundwerte und** 2 **Selbstverständnis der Jusos Hamburg“**

3  
4  
5 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge beschließen:  
6

### 7 **Forderung:**



8  
9  
10 Die sofortige Einrichtung eines zusätzlichen Juso-Arbeitskreises auf Landesebene, in dem eine  
11 ergebnisoffene Diskussion zu Grundwerten und Selbstverständnis der Hamburger Jusos als  
12 Teil der Jungsozialist\*innen in der SPD geführt wird. Festgesetztes Ziel des Arbeitskreises soll  
13 sein, ein Grundsatzpapier für die Hamburger Jusos zu schreiben, in dem wir klar definieren,  
14 was die sozialdemokratischen Grundwerte „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ für uns in der  
15 heutigen Zeit konkret bedeuten und wie wir uns in dieser Hinsicht inner- und außerhalb unserer  
16 eigenen Partei positionieren wollen. Der Prozess soll im stetigen Austausch mit allen  
17 Hamburger Jusogruppen geschehen, dafür muss zu Beginn ein Fragenkatalog veröffentlicht  
18 werden, zu dem sich die Gruppen positionieren können. Über das Grundsatzpapier wird bei  
19 einer Juso-Landesdelegiertenkonferenz Ende 2019 oder Anfang 2020 beraten und abgestimmt.  
20 Es kann nur mit einer Zweidrittelmehrheit beschlossen werden und wird nach Beschluss auf der  
21 Webseite der Jusos Hamburg veröffentlicht.  
22

### 23 **Begründung:**

24  
25  
26 Nicht nur der Hamburger Landesverband hat sich im letzten Jahr auf den Weg gemacht sich  
27 den Herausforderungen unserer Zeit neu zu Stellen. Neue Antworten auf neue Probleme  
28 erfordern auch ein neu geschafftes Grundverständnis unserer politischen Arbeit. Nur klare  
29 Grundwerte als solide gemeinsame Nenner, machen uns stark, um solidarisch die turbulenten  
30 Zeiten zu meistern, die vor uns liegen.  
31

32 Kevin Kühnerts ZEIT-Interview vom 1. Mai 2019 und die dadurch angestoßene „Sozialismus-  
33 Debatte“ haben gezeigt, dass es nicht nur gesamtgesellschaftlich regen Diskussionsbedarf zum  
34 Thema „Soziale Gerechtigkeit“ gibt. Auch viele SPD-Politiker\*innen (darunter auch Jusos)  
35 haben Kevin öffentlich für seine Äußerungen kritisiert oder diese relativiert. Dabei steht doch  
36 auf der Homepage der Bundes-Jusos für jede\*n klar lesbar: „Wir wollen den Kapitalismus  
37 überwinden und treten für eine andere Gesellschaftsordnung, den Sozialismus, ein. Wir  
38 kämpfen für unsere Vorstellung von einer Gesellschaft der Befreiung der Menschen in der  
39 Arbeit, der sozialen Sicherheit und persönlichen Emanzipation. Sozialismus ist für uns keine  
40 unerreichbare Utopie, sondern notwendig, um die Probleme unserer Zeit zu lösen.“[1] Zu dieser  
41 Position und zu den ursozialdemokratischen Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und  
42 Solidarität sollten wir uns als mitgliederstärkster politischer Jugendverband in Hamburg eine  
43 klare Haltung geben, damit nach innen und außen offensichtlich ist, welches die Leitlinien  
44 unseres politischen Handelns sind.  
45

46 In einer Umfrage von infratest dimap zur Europawahl 2019 gaben 62% der Befragten an: „Man  
47 weiß bei der SPD nicht, wofür sie eigentlich steht.“ Und 55% waren der Ansicht, dass die SPD  
48 „(...) ihre sozialdemokratischen Prinzipien aufgegeben (...)“ hat.[2] Dasselbe war schon in  
49 Umfragen zu fast allen Wahlen in den letzten Jahren zu hören. Auch Spitzenpolitiker\*innen der  
50 SPD fordern deutlich mehr Kante und Mut.[3] Wenn unsere Partei es schon nicht nach außen  
51 hin schafft, zu zeigen, worum es ihr eigentlich geht, sollten wir als nachfolgende Generation(en)



52 wenigstens versuchen, es besser zu machen und eine offene und ehrliche Diskussion im  
53 Inneren darüber führen, was die Leitlinien unseres politischen Handelns und des Umgangs  
54 miteinander sind. Dieses gemeinsam erarbeitete Selbstverständnis können wir im Anschluss  
55 weiter in die Partei und nach außen tragen und uns bei der täglichen Arbeit innerhalb und  
56 außerhalb der Jusos daran orientieren. Damit leisten wir nicht nur einen wertvollen Beitrag zur  
57 Erneuerung der SPD, sondern auch für die Zufriedenheit und das Engagement vieler Mitglieder.

58  
59 [1] <https://www.jusos.de/wir-jusos/>

60 [2] infratest dimap

61 [3] <https://www.sueddeutsche.de/politik/spd-schulz-nahles-1.4466134>

1 **Antragstitel: GroKo TÜV zur Halbzeitbilanz**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD  
4 Landesparteitag beschließen:

5

6

7 **Forderung:**

8

9 SPD Hamburg wird aufgefordert, sich auf Bundesebene, mit dem Ziel eines fairen  
10 Mitgliederentscheids, dafür einzusetzen, ein geeignetes Format zu entwickeln, mit dem die  
11 Parteibasis an der Zwischenbilanz zur Großen Koalition und der Entscheidung über die  
12 Fortführung der Großen Koalition auf Bundesebene beteiligt wird.

13

14 **Begründung:**

15

16 Die Koalitionsparteien haben im Koalitionsvertrag festgehalten, dass zur Mitte der  
17 Legislaturperiode eine Überprüfung der sog. GroKo stattfinden soll. Diese Prüfung entscheidet  
18 über ein mögliches Fortbestehen der Koalition.

19

20 Durch den Antrag und die Aufarbeitung des Koalitionsvertrages soll es ermöglicht werden,  
21 dass jedes Parteimitglied sich ein eigenes, fundiertes Bild über die Arbeit der Koalition  
22 machen kann.

23

24 Die soll bis Ende August 2019 geschehen, damit zur Überprüfung im September 2019 alle  
25 Parteimitglieder in der Lage sind qualifizierte Entscheidungen/Aussagen zu treffen.

26

27 Die Parteimitglieder haben über den Koalitionsvertrag abgestimmt und sollten daher bei der  
28 Überprüfung informiert werden, ob der Vertrag eingehalten und umgesetzt wird.

29

## Umweltbewusste Landesparteitage

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD Landesparteitag und den Bundeskongress der Jusos jeweils auch zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen:

### Forderung:

Für alle folgenden Landesparteitage, Juso-Bundeskongresse und SPD-Bundesparteitage, sollen folgende Regelungen umgesetzt werden:

1. Es wird auf die Verwendung von Papier verzichtet, im Ausnahmefall wird Umpweltpapier verwendet. Auf den Gebrauch von Tackernadeln wird verzichtet.
2. Es wird für einen WLAN Zugang für alle Delegiert\*innen gesorgt. Den Delegiert\*innen wird eine Stromquelle zur Verfügung gestellt.
3. Das Essensangebot erfolgt ohne die Verwendung von Einweggeschirr und beinhaltet auch vegetarische und vegane sowie regionale und nachhaltige Angebote.
4. Getränke werden in Glasflaschen bereitgestellt und stammen aus regionaler Erzeugung.
5. Es wird auf Mülltrennung geachtet.

### Begründung:

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Er gefährdet die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen und unseren Wohlstand. Eine nachträgliche Umkehrung der Erwärmung wird, falls überhaupt möglich, deutlich teurer werden als die nötigen Maßnahmen des Klimaschutzes. Das Erreichen des 1,5°C-Ziels des Pariser Klimaschutzabkommens ist ernsthaft gefährdet; die Klimaziele bis 2020 der alten Bundesregierung sind kaum noch erreichbar. Auch die fortschreitende Verschmutzung der Weltmeere durch Kunststoffe ist besorgniserregend. Deutschland ist in Europa Spitzenreiter im Plastikverbrauch pro Kopf, von dem nur die Hälfte recycelt wird. Die Folge: Große Mengen Treibhausgase werden bei der Müllverbrennung freigesetzt. Gleichzeitig muss die Umwelt große Teile unseres Abfalls aufnehmen, Grünflächen und Gewässer werden zunehmend verschmutzt und viele Tiere sterben bei dem Versuch, unseren Müll zu fressen. Die jüngsten Entwicklungen die Bewegung „Fridays for Future“ und die Ergebnisse der letzten Wahlen zeigen, dass für die Bürger\*innen die Umweltpolitik eine wichtige Rolle spielt. Die SPD hat diesen Punkt in der Vergangenheit zu wenig berücksichtigt und auch deswegen massiv Stimmen eingebüßt. Wir sollten die eindeutigen Forderungen der Wähler\*innen ernst nehmen, Vertrauen zurück gewinnen und als SPD unseren Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz leisten. Dabei sollten wir pragmatisch mit Veränderungen bei uns selbst beginnen.

## 1 Umweltbewusster Wahlkampf

2  
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD  
4 Landesparteitag beschließen

### 6 **Forderung:**

7  
8 Die SPD achtet im Wahlkampf auf Nachhaltigkeit und hinterfragt alle Wahlkampfmittel nach  
9 Alternativen.

- 10
- 11 1. Es wird mehr auf online Wahlwerbung gesetzt.
- 12 2. Flyer und Wahlprogramme werden priorisiert auf Umweltpapier gedruckt. Beim  
13 Bestellen der Mengen wird auf die benötigte Anzahl geachtet.
- 14 3. Plakatständer aus Holz werden priorisiert. Dort wo Hohlkammerplakate eingesetzt  
15 werden, sollen sie aus Pappe hergestellt sein.
- 16 4. Bei Give-Aways wird auf Gegenstände aus Plastik (z.B. Luftballons oder Windmühlen)  
17 und auf Plastikverpackungen verzichtet. Als Alternativen werden u.a. Buntstifte,  
18 Malbücher, rote Murmeln, Kreide, vegane Gummibärchen (ohne Verpackung), Holz-  
19 Jojos, Papierdrachen, Fahnen aus Holz und Stoff, Springseile, SPD-Notizblöcke aus  
20 Umweltpapier, Baumwolltaschen/Turnbeutel, Zollstöcke, Blumensamen,  
21 Flaschen/Becher aus Glas oder Keramik, Flaschenöffner aus Holz und Metall und  
22 Kugelschreiber aus Holz, Pappe oder biologisch abbaubaren Kunststoff verwendet.
- 23 5. Bei der Ausgabe von Getränken wie Kaffee werden Pappbecher oder Keksbecher (oder  
24 andere essbare Alternativen) verwendet.
- 25 6. Die Anschaffung von Lastenfahrrädern durch Distrikte, in welchen es strukturell möglich  
26 ist, wird begrüßt. Die LO sollte finanziell schlecht gestellte Distrikte bei der Anschaffung  
27 unterstützen.
- 28 7. Die LO unterstützt finanziell schlechter gestellte Distrikte und Arbeitsgemeinschaften bei  
29 der Anschaffung bzw. Umsetzung der o.g. Punkte

### 31 **Begründung:**

32  
33 Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Er gefährdet  
34 die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen und unseren Wohlstand. Eine  
35 nachträgliche Umkehrung der Erwärmung wird, falls überhaupt möglich, deutlich  
36 teurer werden als die nötigen Maßnahmen des Klimaschutzes. Das Erreichen des  
37 1,5°C-Ziels des Pariser Klimaschutzabkommens ist ernsthaft gefährdet; die  
38 Klimaziele bis 2020 der alten Bundesregierung sind kaum noch erreichbar. Auch die  
39 fortschreitende Verschmutzung der Weltmeere durch Kunststoffe ist  
40 besorgniserregend. Deutschland ist in Europa Spitzenreiter im Plastikverbrauch pro  
41 Kopf, von dem nur die Hälfte recycelt wird. Die Folge: Große Mengen Treibhausgase  
42 werden bei der Müllverbrennung freigesetzt. Gleichzeitig muss die Umwelt große  
43 Teile unseres Abfalls aufnehmen, Grünflächen und Gewässer werden zunehmend  
44 verschmutzt und viele Tiere sterben bei dem Versuch, unseren Müll zu fressen.  
45 Die jüngsten Entwicklungen die Bewegung „Fridays for Future“ und die Ergebnisse  
46 der letzten Wahlen zeigen, dass für die Bürger\*innen die Umweltpolitik eine wichtige  
47 Rolle spielt. Die SPD hat diesen Punkt in der Vergangenheit zu wenig berücksichtigt  
48 und auch deswegen massiv Stimmen eingebüßt. Wir sollten die eindeutigen  
49 Forderungen der Wähler\*innen ernst nehmen, Vertrauen zurück gewinnen und als  
50 SPD unseren Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz leisten.



Dabei sollten wir pragmatisch mit Veränderungen bei uns selbst beginnen.

1 **Nach der Europawahl, vor der Bürgerschaftswahl – Veränderung,**  
2 **aber wie?**

3

4

5 **Forderung:**

6

7 Wir fordern die SPD Hamburg dazu auf, sich mit den aus der vergangenen Europa und  
8 Bezirkswahl ergebenden Ergebnissen und ihren Auslösern in Form von Mitglieder und  
9 Bürger\*innen Umfragen zu beschäftigen und diese Debatte auf Bundesebene weiterzuführen.  
10 Die Auswertung der Umfragen, sowie die daraus gezogenen Ereignisse müssen transparent in  
11 allen parteiinternen Strukturen ausgearbeitet werden, sowie den Bürger\*innen in regionalen  
12 Formaten präsentiert werden.

13

14

15 **Begründung:**

16

17 Die Forderung des vorliegenden Antrags, ist einer grundsätzlichen Natur, die selbstverständlich  
18 auch nach den vorausgegangenen Wahlen stattgefunden hat. Die Konsequenzen der  
19 vergangenen Bundestagswahl, sind uns alle noch präsent. Die Frage nach der Möglichkeit einer  
20 Erneuerung innerhalb einer Regierung oder lieber in der Opposition, hat uns zu einem  
21 demokratischen Aushandlungsprozess gebracht, wo eine Mehrheit für eine erneute Aufnahme  
22 der Großen Koalition gefunden worden ist.

23 Die Debatte über die GroKo soll nicht in diesem Antrag behandelt werden, sondern es geht  
24 darum eine Grundlage für die Erneuerung nicht nur aus SPD interner Ideen und Themen.

25

26 Hier könnten bspw. Themen behandelt werden wie: Klima und Umweltschutz (CO2 Steuer,  
27 schnellerer Klimaschutz, Artensterben, Abfallfreies Leben, weniger Konsum),  
28 Arbeitnehmer\*innenrechte stärken (Digitales Arbeiten, Verhältnis Arbeitgeber/Arbeitnehmer,  
29 Gutes und gerechtes Leben vor, während und nach der Arbeitstätigkeit), Internationale  
30 Beziehungen und weitere.

31

32 Um diese Themen ausführlich zu besprechen und eine Erneuerung der SPD zeitig umzusetzen  
33 muss es nicht nur Meinungsumfragen innerhalb der Mitglieder geben, sondern eine Debatte in  
34 verschiedenen Gesellschaftsschichten.

35

36 Den Jusos der Freien und Hansestadt Hamburg ist es wichtig das durch diesen Antrag eine  
37 Neupositionierung der SPD im Hinblick künftiger Wählerkämpfe gelingt!

## 1 Anonymität ist Meinungsfreiheit – Für ein gerichtliches 2 Meldeverfahren statt gefährlicher Klarnamenpflicht

3  
4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den  
5 Landesparteitag der SPD Hamburg, zur seinerzeitigen Weiterleitung an die  
6 sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und die SPD Bürgerschaftsfraktion der Freien und  
7 Hansestadt Hamburg, sowie an den Bundesparteitag zur seinerzeitigen Weiterleitung an die  
8 sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und der SPD Bundestagsfraktion  
9 Folgendes beschließen:

### 12 **Forderung:**

14 Wir fordern die SPD Hamburg sowie die SPD auf Bundesebene dazu auf, sich klar und öffentlich  
15 gegen eine Klarnamenpflicht im Internet zu positionieren.

17 Darüber hinaus fordern wir die Einführung einer Möglichkeit, anonyme Accounts bei  
18 wiederholter Verbreitung rechtswidriger Inhalte per gerichtlichem Beschluss vom Anbieter der  
19 Plattform sperren zu lassen. Diese Regelung könnte beispielsweise als eine Änderung im  
20 Telemediengesetz umgesetzt werden, die eine gerichtlich angeordnete Sperrverfügung an die  
21 Adresse der jeweiligen Plattformdienste ermöglicht.

### 24 **Begründung:**

#### 26 **Probleme der Klarnamenpflicht**

27 Vonseiten verschiedener PolitikerInnen kommt seit einigen Jahren immer wieder der Vorschlag,  
28 bei bestimmten Foren und Plattformen im Internet eine Klarnamenpflicht, also die verpflichtende  
29 Nutzung des bürgerlichen Namens bei der Accounterstellung, einzuführen. Dieser sicher gut  
30 gemeinte Vorschlag zeigt bei näherer Betrachtung die Distanz vieler PolitikerInnen zur digitalen  
31 Realität und stellt eine Gefahr für die Meinungsfreiheit, gerade von Minderheiten, dar [1].

33 Das genannte Ziel ist meistens, solchen Accounts den Schutz der Anonymität zu entziehen, die  
34 durch Beleidigungen, Drohungen und Falschinformationen auffallen und damit der  
35 Kommunikation im Netz schaden. Dass eine Klarnamenpflicht beim Erreichen dieses Zieles  
36 aber wirkungslos und allgemein schädlich für die Diskussion im Internet ist, wird nicht nur von  
37 NetzexpertInnen immer wieder betont, sondern lässt sich mittlerweile auch mit Daten belegen.  
38 Die Liste der Gründe hierfür ist lang, einige sollen hier genannt werden:

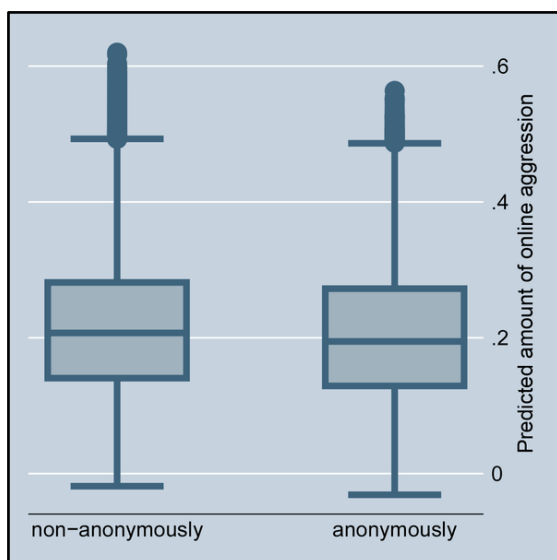
#### 41 **1. Mangelnde Wirksamkeit**

42 Drohungen und Beleidigungen erfolgen online nicht nur anonym, sondern oft auch unter  
43 freiwillig genutztem Klarnamen. Tatsächlich ist die durchschnittliche Aggression durch  
44 Accounts mit Klarnamen sogar **höher** als durch anonyme Accounts (siehe Grafik, Rost  
45 et al. 2016 [2]).

47 In Südkorea, das 2007 eine umfassende Klarnamenpflicht eingeführt hatte, hat diese  
48 Regelung **keinen** eindeutigen Nutzen gezeigt. Wegen Verfassungswidrigkeit im  
49 Bereich der Meinungsfreiheit von NutzerInnen und Plattformen sowie der Bestimmung  
50 der eigenen Identität wurde sie 2012 wieder abgeschafft (Caragliano 2013 [3]).



51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73  
74  
75  
76  
77  
78  
79  
80  
81  
82  
83  
84  
85  
86  
87  
88  
89  
90  
91  
92  
93  
94  
95  
96  
97  
98  
99  
100  
101  
102  
103  
104



Online aggression dependent on anonymity of commenters (random-effects). *Rost et al. [2]*.

Der durchschnittliche Aggressionscore in Posts von Accounts mit Klarnamen ist **höher** als bei anonymen Accounts. Für Posts mit besonders hoher Aggressivität ist der Effekt noch stärker. Grund kann z.B. die durch den/die VerfasserIn erwünschte Signalwirkung sein.

## 2. Gefährdung und Zensur statt Schutz

Konsequenzen hat die Identifizierbarkeit von Menschen im Internet eher dann, wenn diese auf privatem, nicht rechtlichem und womöglich rechtswidrigem Wege erfolgen. So können online geäußerte Meinungen jeglicher Art über den Klarnamen der Person z.B. dem Wohnort zugeordnet werden und zu Repressionen im echten Leben führen. Nicht umsonst ist „Doxxing“, also die Veröffentlichung privater Daten, eine im Netz übliche Attacke gerade gegen Frauen und Minderheiten. Anonymität **stärkt** und schützt die zivile Wehrhaftigkeit des/der Einzelnen.

Die Anonymität suchen daher in erster Linie nicht etwa Menschen, die Hass verbreiten. Es sind Minderheiten oder Menschen, die sensible Themen behandeln, die durch die Anonymität vor Gefahr und Diskrimination geschützt werden. Die Beispiele sind vielfältig: Mitglieder der LGBTQ-community, religiös oder politisch Verfolgte, anonym recherchierende JournalistInnen, WhistleblowerInnen, KünstlerInnen, Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen und viele mehr. Die Klarnamenpflicht ist **ein Mittel der Zensur** und nicht eins des Schutzes von Menschen im Netz [4][5].

## 3. Überflüssigkeit und Unverhältnismäßigkeit

In strafrechtlich relevanten Fällen ist die Feststellung der Identität der AccountnutzerIn, so sie dem Anbieter bekannt ist, bereits möglich. **§14 Abs. 2 des Telemediengesetzes [6]** sieht bereits vor, dass Bestandsdaten an Strafverfolgungsbehörden herausgegeben werden können. Eine weitere Einschränkung der Anonymität ist daher überflüssig und unverhältnismäßig.

## 4. Mangelnder rechtlicher Nutzen

Fälle wie der Prozess zwischen der ehemaligen österreichischen Grünen-Politikerin Sigi Maurer und einem *nicht* anonym auftretenden Mann haben gezeigt, dass Klarnamen für ein rechtliches Vorgehen gegen Belästigung **nicht** unbedingt als Beweis der Urheberschaft ausreichen [7]. Im Gegensatz zu den Gefahren in 2. bringt die Klarnamenpflicht für ein rechtliches Vorgehen gegen Hass im Netz entsprechend wenig.

## 5. Probleme mit Datensicherheit

Dass private Daten bei großen Anbietern keineswegs sicher sind, haben Skandale bei fast jeder großen Nutzerdatenbank, darunter regelmäßig bei Facebook, gezeigt [8] Die Verpflichtung, diese Daten einer unsicheren Plattform zur Verfügung zu stellen, **darf nicht Bedingung sein**, um am Diskurs im Internet teilnehmen zu können.

## 105 **Gerichtliches Meldeverfahren für Accounts als Alternative**

106 Um rechtswidrigen Inhalten und ihren VerfasserInnen im Internet ein wirksames Mittel entgegen  
107 zu setzen müssen auf Plattformen und Foren im Netz verbindliche Regeln gelten. Diese sind  
108 unter anderem im **Netzwerkdurchsuchungsgesetz [9]** festgeschrieben.

109  
110 Hierbei ist bislang jedoch lediglich die Löschung von Inhalten (Posts, Tweets) vorgesehen.  
111 Zudem liegt die Beurteilung der Inhalte in den Händen des privaten Anbieters. Zum einen ergibt  
112 sich daraus eine geringe Wirksamkeit, da sich Inhalte schneller produzieren lassen, als sie  
113 ausreichend beurteilt und gelöscht werden können. Zum anderen ist eine angemessene  
114 Kontrolle der Entscheidungsfindung bei privaten Anbietern nicht möglich. Weitergehende Mittel  
115 sind also notwendig, dürfen aber nicht den privaten Anbietern überlassen werden.

116  
117 Bei NutzerInnen, die aus der Anonymität wiederholt rechtswidrige Inhalte verbreiten, reicht das  
118 Sperren dieser Inhalte im Einzelnen nicht aus. Für eine echte Wirkung muss es eine Möglichkeit  
119 geben, den Account selbst zu sperren. Damit würde die Aktivität nachhaltig unterbunden  
120 werden und selbst bei der Erstellung eines neuen Accounts durch den/die NutzerIn die  
121 Reichweite drastisch verringert (0 Follower bei Twitter, 0 Freunde bei Facebook etc.).

122  
123 Um die verbindliche Durchsetzung rechtlicher Ansprüche zu gewähren, dabei aber der  
124 Meinungsfreiheit ausreichende Bedeutung zukommen zu lassen, sollten diese Entscheidungen  
125 von gerichtlicher Seite getroffen werden. Eine Sperrverfügung, die per gerichtlichem Beschluss  
126 einen Plattformanbieter wie Facebook oder Twitter dazu verpflichtet, einen bestimmten  
127 anonymen Nutzeraccount zu sperren, ist ein deutlich mächtigeres Mittel als die Sperrung von  
128 einzelnen Inhalten. Zur Veröffentlichung einer zustellungsfähigen Anschrift sind Anbieter bereits  
129 nach Netzdurchsuchungsgesetz verpflichtet. Durch die gerichtliche Kompetenz und die damit  
130 garantierte Achtung der Meinungsfreiheit wäre hiermit die notwendige Legitimation gegeben.

131  
132 Dieser Vorschlag geht auf Ulf Buermeyer, Richter und Vorsitzender der Gesellschaft für  
133 Freiheitsrechte, zurück. In der rechtlichen Ausgestaltung würde es sich anbieten, ihn als  
134 Experten für Netz- und Freiheitsrechte hinzuzuziehen.

135  
136 Die SPD ist immer die Partei gewesen, die sich für die gesellschaftliche Teilhabe Aller und für  
137 den freien, gesamtgesellschaftlichen Diskurs stark macht. Damit dies auch im 21. Jahrhundert  
138 und in der digitalen Welt der Fall ist, müssen wir uns gegen eine Klarnamenpflicht und für die  
139 Bewahrung der Anonymität im Internet starkmachen. Mit der Ablehnung dieser für die  
140 Meinungsfreiheit gefährlichen Auflage und dem Angebot einer wirkungsvollen Alternative  
141 verfolgt dieser Antrag proaktiv das Prinzip des „Sowohl-als-auch“, das die SPD seit jeher prägt.

### 142 **Quellen:**

143  
144 [1] [https://www.spiegel.de/netzwelt/web/wenn-ueber-fussball-so-gesprochen-wuerde-wie-ueber-das-internet-a-](https://www.spiegel.de/netzwelt/web/wenn-ueber-fussball-so-gesprochen-wuerde-wie-ueber-das-internet-a-1266384.html)  
145 [1266384.html](https://www.spiegel.de/netzwelt/web/wenn-ueber-fussball-so-gesprochen-wuerde-wie-ueber-das-internet-a-1266384.html)

146 [2] Rost K, Stahel L, Frey BS (2016) Digital Social Norm Enforcement: Online Firestorms in Social Media. PLOS  
147 ONE 11(6): e0155923. <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0155923>

148 [3] David A. Caragliano - Real names and responsible speech: the cases of South Korea, China, and Facebook.  
149 [https://www.ndi.org/sites/default/files/Caragliano\\_Stanford\\_Paper\\_Apr\\_5\\_2013.pdf](https://www.ndi.org/sites/default/files/Caragliano_Stanford_Paper_Apr_5_2013.pdf)

150 [4] <https://netzpolitik.org/2016/gute-gruende-fuer-pseudonymitaet-und-gegen-eine-klarnamenpflicht/>  
151 in Langform und auf Englisch: <https://www.eff.org/de/deeplinks/2011/07/case-pseudonyms>

152 [5] Bambauer, Derek E., Censorship V3.1 (September 9, 2012). 18 IEEE Internet Computing 26 (May/June 2013);  
153 Arizona Legal Studies Discussion Paper No. 12-28. Available at SSRN: <https://ssrn.com/abstract=2144004> or  
154 <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.2144004>

155 [6] <https://www.gesetze-im-internet.de/tmg/>

156 [7] [https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-10/gerichtsurteil-sigrid-maurer-craftbeer-belaestigung-](https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-10/gerichtsurteil-sigrid-maurer-craftbeer-belaestigung-rufschaedigung)  
157 [rufschaedigung](https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-10/gerichtsurteil-sigrid-maurer-craftbeer-belaestigung-rufschaedigung)

158 [8] <https://netzpolitik.org/tag/datenleck/> (Übersicht)

159 [9] <http://www.gesetze-im-internet.de/netzdg/>

1 **Antragstitel:**

2 **Digitale Zeiterfassung, um Umgehung des Mindestlohns zu vermeiden!**

3

4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD  
5 Landesparteitag beschließen:

6

7

8 **Forderung:**

9 Die SPD Hamburg möge beschließen:

10 Die zuständige Behörde wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit eine Ausweitung der digitalen  
11 Zeiterfassung in Betrieben wie zum Beispiel im Reinigungsgewerbe ab einer Mindestzahl von  
12 5 Mitarbeitern vorgeschrieben werden kann.

13

14 **Begründung:**

15

16

17 Es gibt den Umgehungstatbestand "Turboputzen" in vielen Reinigungsbetrieben, wo mit  
18 unerfüllbaren Zielvorgaben eine bestimmte Leistung erbracht werden soll, was  
19 ArbeitnehmerInnen häufig zu unbezahlter Mehrarbeit zwingt. Digitales Zeiterfassungssystem  
20 ist weniger manipulierbar als nachträgliche schriftliche Dokumentation der Arbeitszeit und daher  
21 besser zu kontrollieren durch den Zoll.

22

1 **Antragstitel:**

2 **Mehr Mitarbeiter beim Zoll für Einhaltung des Mindestlohngesetzes**

3

4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD  
5 Landesparteitag beschließen:

6

7

8 **Forderung:**

9

10 Die SPD Hamburg möge beschließen und der Bundesfinanzminister möge sich für Folgendes  
11 einsetzen:

12 Der Zoll und die Steuerfahndung in Deutschland sind mit ausreichend Mitarbeiter\*innen  
13 aufzustellen, um die durchgängige Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen  
14 sicherzustellen.

15 In Hamburg ist durch den Senat eine Prüfung durchzuführen, ob alle Brennpunkte der  
16 Schwarzarbeit und der Vermeidung von Mindestlöhnen ausreichend effektiv kontrolliert wird.

17

18 **Begründung:**

19

20 Durch zusätzliches Personal können Schwarzarbeit, Verstöße gegen das Mindestlohngesetz  
21 und die Hinterziehung von teils erheblichen Steueraufkommen am wirkungsvollsten bekämpft  
22 werden.

23 Den dadurch entstehenden zusätzlichen Ausgaben stehen somit unmittelbar auch zusätzliche  
24 Einnahmen des Fiskus gegenüber.

25 Auch in Hamburg gibt es Straßen, wo relativ offen Schwarzarbeit angeboten wird. Die  
26 Nachfrage auch in unserer Hansestadt nach Schwarzarbeit ist groß. Die unmittelbare  
27 Sanktion dieser Praktiken und eine wirkungsvolle Kontrolle durch den Zoll, ist unbedingt  
28 erforderlich.

29

1 **Antragstitel:**  
2 **Verlängerung der Bindung von Sozialwohnungen als Parallel-**  
3 **Maßnahme zum Bauprogramm**

4  
5 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD  
6 Landesparteitag beschließen:

7

8

9 **Forderung:**

10

11 Die SPD Hamburg möge beschließen:

12 Die Bindung für den sozialen Wohnungsbau soll immerzu mindestens 30 Jahre betragen. Die  
13 Bindung schon bestehender Sozialwohnungen soll neu verhandelt werden, mit der Zielsetzung  
14 einer deutlichen Erhöhung der Sozialbindung. Es ist zu prüfen, wie dies gerade in Anbetracht  
15 der jüngsten Rechtsprechung erfolgen kann.

16

17 **Begründung:**

18

19 Sozialbindung von Wohnungen ist unter der schon bestehen Gesetzgebung ein wirkungsvolles  
20 Mittel um auf die Mietpreise von Immobilien Einfluss zu nehmen. Dieser Einfluss ist in Zeiten,  
21 in denen Mietpreise in den Großstädten exorbitant steigen, besonders wichtig.

22 Auch der Neubau von Wohnimmobilien jedweder Art beeinflusst die Mietpreisentwicklung. Die  
23 vom Hamburger Senat voran getriebene Wohnungsbauoffensive ist ein richtiger und guter  
24 Schritt. Aus der Erfahrung der letzten Jahre lässt sich allerdings erkennen, dass der  
25 Immobilienneubau, auch wenn er mit größten Anstrengungen betrieben wird, lediglich ein  
26 leichte Einschränkung der Mietpreiserhöhung zur Folge hat und weiterhin mehr Wohnungen  
27 aus der Sozialbindung fallen als neue gebaut werden.

28 Demzufolge muss darauf hingewirkt werden die Sozialbindung von schon bestehenden  
29 Wohnungen deutlich zu verlängern. Damit Engpässe in der Zukunft vermieden werden, müssen  
30 die Sozialbindungen von neu gebauten Wohnungen auf einem hohen Niveau angesetzt  
31 werden.

32 Heutzutage stecken wir in einem schwerwiegenden Engpass. Dieses Problem kann nicht durch  
33 ein leichtes Verstellen einer Stellschraube hier oder da behoben werden. Mietpreisentwicklung  
34 im Rahmen von Stadtplanung und Stadtentwicklung kann nicht von Jahr zu Jahr gedacht  
35 werden. Genau wie bei anderen Elementen der Stadtentwicklung, wie zum Beispiel dem Bau  
36 von Straßen, Bauwerken und Infrastruktur im Allgemeinen, ist hier nur eine ganzheitliche, auf  
37 viele Jahre angelegte und nachhaltige Denkweise zielführend. Stadtplanung und  
38 Stadtentwicklung ist ein Prozess der auf Jahrhunderte gedacht werden muss.

39

1 **Einschränkung von homöopathischen Mitteln**

2

3

4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den  
5 Landesparteitag der SPD zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD  
6 beschließen:

7

8

9 **Forderung:**

10

11 1. Eine Kennzeichnungspflicht bei homöopathischen Mitteln in den Apotheken soll  
12 durchgesetzt werden. Dass die Wirkung homöopathischer Mittel nicht wissenschaftlich  
13 nachgewiesen werden kann, soll für den Verbraucher deutlich gemacht werden.

14

15 2. Ein Verschreibungsverbot für Ärzte und damit einhergehend ein Verbot der  
16 Kostenübernahme homöopathischer Mittel von Krankenkassen, zu erlassen. Ärzte  
17 dürfen homöopathische Mittel nur mit ausdrücklichem Hinweis auf einem grünen  
18 Rezept empfehlen, sodass die Kosten von der Krankenkasse nicht übernommen  
19 werden.

20

21

22 **Begründung:**

23

24 Patienten/innen und Verbraucher/innen in Deutschland ist oftmals nicht klar, dass die  
25 Wirkung homöopathischer Mittel nicht über einen Placebo Effekt hinaus geht. Da der  
26 Glaube daran vor allem bei ernsten Erkrankungen verheerende Folgen haben kann,  
27 ist es dringend erforderlich mehr Transparenz zu schaffen.

28

1 **Antragstitel**

2 **Wahlrecht für Alle, deren Heimathafen Hamburg ist**

3

4

5 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD  
6 Landesparteitag beschließen

7

8 **Forderung:**

9

10 Die SPD Hamburg setzt dafür ein, dass auf kommunaler Ebene alle Menschen wählen dürfen,  
11 die die Kriterien nach §6 (1) Punkt 1, Punkt 2 und Punkt 3 des Gesetzes über die Wahl zu den  
12 Bezirksversammlungen erfüllen.

13 Hierfür ist in BezVWG §6 (1) das Wort „Unionsbürger“ durch „Einwohner“ zu ersetzen und, wenn  
14 nötig, GG §28 (1) Satz 3 sinngemäß anzupassen.

15

16 **Begründung:**

17

18 Hamburg ist als Tor zur Welt von Weltoffenheit und Internationalität geprägt, die sich auch in  
19 der Stadtbevölkerung niederschlägt. Zum 31.12.2018 lebten 205.733 Menschen mit einer Nicht-  
20 EU-Staatsangehörigkeit in Hamburg. Diesen Menschen, die teilweise in Hamburg geboren  
21 wurden, ist an ihrem Lebensmittelpunkt das grundlegendste demokratische Recht verwehrt: Die  
22 Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen.

23 Bereits heute dürfen Unionsbürger\*innen aufgrund europäischer Gesetzgebung an den  
24 Bezirkswahlen teilnehmen, jedoch sind Nicht-Unionsbürger\*innen bislang ausgeschlossen. Das  
25 mag zwar aus einer juristischen Perspektive stringent erscheinen, jedoch sollte für das  
26 kommunale Mitspracherecht nicht die Farbe des Reisepasses ausschlaggebend, sondern die  
27 Verwurzelung vor Ort entscheidend sein. Aus diesem Grund fordern wir eine Anpassung des  
28 Kommunalwahlrechts und, wenn nötig, des entsprechenden Passus des Grundgesetzes.

1 **Antragstitel**  
2 **Hamburg geht als sicherer Hafen voran**

3  
4

5 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD  
6 Landesparteitag beschließen

7

8 **Forderung:**

9

10 Die SPD möge sich dafür einsetzen, dass die Aufnahme von aus Seenot geretteten  
11 Menschen unverzüglich gesamteuropäisch geregelt wird. Bis eine solche europaweite  
12 Regelung umgesetzt ist, wird Hamburg vorangehen. Deshalb soll sich die SPD Hamburg  
13 dafür einsetzen, ein Landesaufnahmeprogramm explizit für aus Seenot gerettete Menschen  
14 einzurichten. In diesem Zusammenhang soll der Hamburger Senat im Bundesrat für die  
15 Stärkung der Länderkompetenzen in diesem Bereich hinwirken, durch die Änderung des  
16 §23.1 Aufenthaltsgesetz (AufenthG). Satz 3 soll wie folgt ersetzt werden:

17

18 „Die oberste Landesbehörde hat bei ihrer Entscheidung die Bundeseinheitlichkeit zu  
19 berücksichtigen. Sie kann dazu die Innenministerkonferenz anhören.“

20

21 **Begründung:**

22

23 Hamburg hat sich am 26.09.2018 zum sicheren Hafen für Geflüchtete erklärt. Seitdem hat  
24 sich die Situation für Flüchtende in der EU jedoch drastisch verschlechtert. Der rechtsradikale  
25 italienische Innenminister hat erfolgreich die private Seenotrettung unterbunden, indem er  
26 diese kriminalisiert und die Schiffe der NGOs festsetzt. Die EU hat mit dem Einstellen ihrer  
27 Rettungsmission Sophia vor dieser menschenfeindlichen Politik kapituliert. Und auch  
28 Handelsschiffen wird durch das Schließen der Häfen, wenn sie aus Seenot gerettete  
29 Menschen aufgenommen haben, deutlich gemacht, dass sie nicht willkommen sind. Schiffe  
30 dürfen inzwischen nur noch in europäische Häfen einlaufen, wenn die aus Seenot geretteten  
31 bereits vollständig auf andere Länder der EU verteilt sind. Da diese Verteilung durch die  
32 Verweigerungshaltung vieler Mitgliedsstaaten mehrere Wochen dauert, müssen Geflüchtete  
33 so lange auf den Schiffen auf offener See ausharren. Das ist für schutzsuchende Menschen  
34 ein haltloser Zustand.

35 Die vorgeschlagene Änderung des §23.1, Satz 3 AufenthG würde den Bundesländern  
36 mehr Freiheiten bei der Entscheidung über die Aufnahme von aus Seenot geretteten  
37 Menschen geben. Heute kann sich der Bundesheimat- und Innenminister mit Verweis auf § 23  
38 AufenthG gegen die Aufnahme von Geretteten stellen, selbst wenn sich einzelne  
39 Bundesländer freiwillig bereiterklärten Menschen aufzunehmen. Wenn Hamburg ein  
40 Landesaufnahmeprogramm explizit für aus Seenot gerettete Menschen aufsetzt, können im  
41 Rahmen des Konzepts „Sichere Häfen, sichere Städte“ Geflüchteten freiwillig aufgenommen  
42 werden. Wir leisten damit einen wichtigen Beitrag hin zu einer gesamteuropäischen Lösung,  
43 indem wir vorangehen und zeigen, was wir unter Solidarität verstehen.